

Mitteilung der Verwaltung

Fachgebiet 01

Aktenzeichen: 01.07.05/7

Vorlage Nr.: BV/0624/2015/2/4

Vorlage für die Sitzung			
Rat	Kenntnisnahme	02.12.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Resolution des Rates der Stadt Rheinbach zur Abschaltung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel; hier Sachstandsbericht**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
keine

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Der Rat der Stadt Rheinbach hat in seiner Sitzung am 04. April 2016 unter TOP 4 eine Resolution zur Abschaltung der belgischen Atomkraftwerke in Tihange und Doel beschlossen.

Seitdem berichtet die Verwaltung regelmäßig über die eingetretenen Entwicklungen.

EU-Kommission äußert sich zum "Pannenreaktor" Tihange

Lokalzeit aus Aachen 21.02.2019 04:01 Min. Verfügbar bis 21.02.2020 - WDR Von Silvia Andler:
<https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/lokalzeit-aachen/video-eu-kommission-aeussert-sich-zum-pannenreaktor-tihange-100.html>

Das belgische Atomkraftwerk Tihange ist umstritten, denn es ist alt und kämpft mit technischen Problemen. Deshalb reichte der Städteregionsrat Helmut Etschenberg vor dreieinhalb Jahren einen ausführlichen Fragenkatalog beim EU-Parlament ein. Nun durfte er zusammen mit seinem Nachfolger Tim Grüttemeier nach Brüssel fahren. Mit Erfolg: Der Petitionsausschuss sieht weiteren Klärungsbedarf und legt den Fall nicht zu den Akten.

Auf gutem Weg“ - Belgischer Außenminister bekräftigt Atomausstieg bis 2025

Aachener Nachrichten vom 18.03.2019: https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/belgien/belgischer-aussenminister-bekraeftigt-atomausstieg-bis-2025_aid-37532897

BRÜSSEL Der belgische Außenminister Didier Reynders hat den geplanten Atomausstieg seines Landes bis 2025 bekräftigt. „Der Prozess ist auf gutem Weg“, sagte Reynders am Montag in Brüssel auf die Frage, ob sein Land den Atomausstieg bis 2025 schaffen werde.

Die belgischen Atomkraftwerke sind schon lange umstritten. Seit Jahren gibt es vor allem in Deutschland große Sorge über den Zustand der sieben Reaktoren an den Standorten Doel und Tihange. Feine Risse, maroder Beton - immer wieder gibt es vor allem am Akw Tihange Probleme, das nur 70 Kilometer von Aachen entfernt liegt. Regelmäßig werden Meiler für Reparaturen abgeschaltet.

Belgien hatte 2003 den schrittweisen Atomausstieg bis 2025 beschlossen. Bei der Umsetzung gab es jedoch Verzögerungen.

Aus Deutschland kam mehrfach die Forderung nach einem früheren Ausstieg. Dazu sagte der belgische Außenminister am Montag nichts. Er betonte stattdessen, sein Land werde mit der Bundesrepublik und anderen Nachbarländern zusammenarbeiten, um auch ohne Atomkraft genügend Energie für seine Bürger und Firmen zur Verfügung stellen zu können. (dpa)

Präsentation der "Tihange-Aus"-Säulen auf dem Aachener Katschhof

Lokalzeit aus Aachen 04.04.2019 - 02:37 Min. Verfügbar bis 04.04.2020 - WDR - Von Richard Derichs:
<https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/lokalzeit-aachen/video-praesentation-der-tihange-aus-saeulen-auf-dem-aachener-katschhof-100.html>

Die Aktionskünstler Rolf Jägersberg und Lars Harmens haben 2016 zehn interaktive Säulen gegen den Betrieb des Atomkraftwerks in der Region platziert, mehr als vier Millionen Menschen haben sich an der Aktion beteiligt. Erhofft war der Erfolg, erwartet hatten ihn die Künstler nicht.

WDR Nachrichten - FAQ: Wie geht's weiter mit den belgischen AKW?

- **Laufzeitverlängerung belgischer AKW verstößt gegen EU-Recht**
- **Müssen die Atommeiler nun vom Netz?**
- **Fragen und Antworten zu den belgischen Atomreaktoren**

Mit der Verlängerung der Laufzeiten für zwei umstrittene Atomreaktoren hat Belgien gegen EU-Recht verstoßen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Montag (29.07.2019) entschieden. Demnach hätte die Laufzeitverlängerung für die Meiler Doel 1 und Doel 2 bei Antwerpen nicht ohne Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) genehmigt werden dürfen.

Müssen die belgischen AKW jetzt vom Netz?

Das ist unklar. Der EuGH urteilte zwar, dass die Auswirkungen auf die Umwelt nachträglich untersucht werden müssten. Falls durch eine Abschaltung aber eine Unterbrechung der Stromversorgung drohe, dürften die Reaktoren in Betrieb bleiben - aber nur so lange, bis das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung vorliege. Das Gericht wies zudem darauf hin, dass wegen der unmittelbaren Nähe des Kraftwerks zu den Niederlanden ein grenzüberschreitendes Prüfungsverfahren notwendig sei.

Wie marode sind die Atomreaktoren in Belgien?

Die belgischen Atomkraftwerke sind seit Jahren umstritten. Maroder Beton und Haarrisse in den Druckbehältern sorgen immer wieder für Negativ-Schlagzeilen. Regelmäßig werden die Reaktoren für Instandsetzungen abgeschaltet. Vor allem in Deutschland herrscht große Sorge über den Zustand der über 35 Jahre alten Reaktoren in Tihange, das nur 70 Kilometer von Aachen entfernt liegt. Auch die

Anlagen Doel 1 und Doel 2 am zweiten belgischen Kraftwerks-Standort sind Jahrzehnte alt. Sie gingen 1975 ans Netz.

Warum wurde die Laufzeit der Kraftwerke überhaupt verlängert?

Belgien hatte 2003 den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2025 beschlossen. Die Reaktoren Doel 1 und Doel 2 sollten 2015 abgeschaltet werden. Damals beschloss die Regierung jedoch eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre, um Stromengpässe im Winter zu vermeiden. Die Regierung verpflichtete die Betreiberfirma Electrabel, 700 Millionen Euro in die Modernisierung der Meiler zu investieren. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde dabei aber nicht angeordnet - und führte nun zum EuGH-Urteil.

Dampf steigt aus den Kühltürmen des Atomkraftwerks Tihange. Widerstand gegen Tihange WDR 5 Morgenecho - Westblick am Morgen

29.07.2019 - 03:22 Min. Verfügbar bis 27.07.2020 - WDR 5 - Von Silvia Andler: https://wdrmedien-a.akamaihd.net/medp/podcast/weltweit/fsk0/197/1970647/wdr5morgenechowestblickammorgen_2019-07-29_widerstandgegentihange_wdr5.mp3

Doel 1 und Doel 2 – Laufzeitverlängerung für belgische Atommeiler verstößt gegen EU-Recht

Aachener Nachrichten vom 29.07.2019: https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/tihange/doel-in-belgien-laufzeit-fuer-atomreaktoren-verstoest-gegen-eu-recht_aid-44615617

LUXEMBURG Belgien hat mit der Verlängerung der Laufzeiten für zwei Atomreaktoren gegen EU-Recht verstoßen. Wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Montag entschied, hätte die entsprechende Genehmigung nicht ohne Umweltverträglichkeitsprüfungen erteilt werden dürfen.

Sie gestattet es, die bei Antwerpen gelegenen Reaktoren Doel 1 und Doel 2 bis 2025 statt bis 2015 zu betreiben. Ob die Atomkraftwerke nun abgeschaltet werden müssen, bleibt allerdings zunächst unklar. Die Richter entschieden nämlich, dass die Genehmigung im Fall „einer schwerwiegenden und tatsächlichen Gefahr einer Unterbrechung der Stromversorgung“ vorübergehend aufrechterhalten werden kann. Gleichzeitig könnten dann nachträglich die Auswirkungen auf die Umwelt untersucht werden.

60 Kilometer bis Aachen

Belgien hat insgesamt sieben Atomreaktoren an zwei Standorten. Doel ist weniger als 120 Kilometer von der Grenze zu NRW entfernt, vom Standort Tihange sind es weniger als 60 Kilometer bis Aachen. Das Gericht wies auch darauf hin, dass wegen der unmittelbaren Nähe des Kraftwerks Doel zu den Niederlanden ein grenzüberschreitendes Prüfungsverfahren notwendig sei. Zur niederländischen Grenze sind es von den Reaktoren weniger als fünf Kilometer.

NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) zeigte sich erfreut. „Das Urteil ist ein klares Signal für das Erfordernis einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung als Voraussetzung für die Genehmigung von Atomkraftwerken“, sagte sie. Es stelle zudem klar, dass die Prüfungen keine nationale Angelegenheit seien, sondern grenzüberschreitend erfolgen müssten. Damit werde das Urteil Einfluss auf das von NRW mit angestoßene Beschwerdeverfahren gegen die Atomreaktoren Doel und Tihange haben.

Claus Mayr vom Nabu NRW hält das Urteil für richtungweisend: „In der Konsequenz wird Belgien jetzt zumindest für die angedachte Laufzeitverlängerung von Tihange 2 und die anderen jüngeren Reaktoren

eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen müssen.

Die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung war von Belgien getroffen worden, um Stromengpässe im Winter zu vermeiden. Ob diese aufrechterhalten bleibt, muss nun der belgische Verfassungsgerichtshof entscheiden. (dpa/red)

Vorsorge für Atomunfall - Deutschland stockt Jodtabletten-Vorrat auf - Stand: 22.08.2019

Laut WDR-Recherchen hat das Bundesamt für Strahlenschutz rund 190 Millionen Jodtabletten bestellt. Die Begründung: Vor allem von grenznahen AKW gehen Risiken aus - und darauf müsse man vorbereitet sein. Von Jürgen Döschner, WDR: <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/jod-tabletten-101.html>

Beim österreichischen Pharmakonzern Gerot Lannach in der Steiermark rieb man sich verwundert die Augen: 50 Millionen Packungen Jodtabletten, der größte Einzelauftrag in der Geschichte des Unternehmens - so meldete es Anfang August der österreichische Fernsehsender ORF. Sie sollen als Vorsorge zur Vermeidung von Schilddrüsenkrebs im Fall eines schweren Reaktorunfalls dienen - bestellt ausgerechnet vom Atomausstiegsland Deutschland.

Expertenempfehlung nach Fukushima

Das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz bestätigte auf Anfrage des WDR den Großauftrag und nannte Einzelheiten. Insgesamt habe man rund 190 Millionen Jodtabletten geordert - fast das Vierfache des aktuellen Bestandes. Grundlage sei eine Empfehlung der Strahlenschutzkommission nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, sagt der Essener Strahlenbiologe Wolfgang Müller, seinerzeit Vorsitzender der Strahlenschutzkommission:

"Fukushima hat uns damals zwei Dinge gelehrt: Das eine ist, dass man auch mit Reaktorunfällen der Stufe INES 7 rechnen muss, also schwerer, als man vorher angenommen hat. Und zum Zweiten, dass es durchaus auch mehrtägige Freisetzungen geben kann, was dann bedeutet, dass unter Umständen die Windrichtungen wechseln und viel mehr Gebiete betroffen sind, als das nach einer eintägigen Freisetzung der Fall wäre."

INES-Skala für Reaktorunfälle

INES (International Nuclear and Radiological Event Scale) ist die Bewertungsskala der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA). Sie umfasst acht Stufen:

Stufe 0: Ereignis ohne oder mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung
Stufe 1: Störung
Stufe 2: Störfall
Stufe 3: Ernster Störfall
Stufe 4: Unfall
Stufe 5: Ernster Unfall
Stufe 6: Schwerer Unfall
Stufe 7: Katastrophaler Unfall

Die Mitgliedsländer der internationalen Verträge haben sich verpflichtet, Zwischenfälle oder meldepflichtige Ereignisse der INES-Stufe 2 (Störfall) oder größer in Kernkraftwerken bei der IAEA zu melden.

Auf Empfehlung dieses Beratungsgremiums der Bundesregierung wurden unter anderem die jeweiligen Notfallzonen rund um die Atomkraftwerke erheblich vergrößert. Als "Fernzone", in der zum Beispiel alle Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie Schwangere mit Jodtabletten versorgt werden müssen, gilt seitdem das gesamte Gebiet der Bundesrepublik.

Bundesamt für Strahlungsschutz

Einnahme und Wirkung von Jodtabletten:

<https://www.bfs.de/DE/themen/ion/notfallschutz/notfall/fukushima/jodblockade.html>

Gefahren aus den Nachbarstaaten

Laut Ausstiegsplan wird Deutschland Ende 2022 seine letzten Atomkraftwerke abschalten. Dennoch hält Strahlenbiologe Müller die verstärkte Vorsorge für den Fall einer Nuklearkatastrophe für wichtig und richtig - wenn auch nicht in erster Linie wegen der deutschen Reaktoren: "Es könnte beim Rückbau kleinere Unfälle geben, die aber keine großflächigen Freisetzungen nach sich ziehen würden." Viel dringender sei das Risiko durch grenznahe Kernkraftwerke. "Denken Sie an Belgien, an Frankreich, an die Schweiz, an Tschechien, Schweden. Und wenn da etwas passiert, müssen wir die deutsche Bevölkerung natürlich genauso schützen."

Ähnlich hatte vor zwei Jahren die Städteregion Aachen argumentiert. Wegen des fragwürdigen Zustands des nahegelegenen belgischen Atomreaktors Tihange hatte man an alle Einwohner unter 45 Jahre vorsorglich Jodtabletten ausgegeben. "Die Ausgabe der Kaliumjodid-Tabletten ist eine vorsorgliche Maßnahme", hieß es in einem Online-Video. "Bitte nehmen Sie die Jodtabletten erst dann ein, wenn Sie hierzu ausdrücklich durch die Katastrophenschutzbehörde aufgefordert werden."

Jodtabletten zum Strahlenschutz

Bei einem nuklearen Unfall kann radioaktives Jod freigesetzt werden. Damit sich dieses nicht in der Schilddrüse anreichert, sollte zum richtigen Zeitpunkt nicht-radioaktives Jod in Form einer hochdosierten Kaliumiodid-Tablette aufgenommen werden. Dies schützt jedoch ausschließlich vor der Aufnahme von radioaktivem Jod in die Schilddrüse, nicht vor der Wirkung anderer radioaktiver Stoffe. Da die Einnahme von großen Mengen Jod mit gesundheitlichen Risiken verbunden ist, sollte sie nur nach ausdrücklicher Aufforderung durch die zuständigen Behörden erfolgen.

Trotz aller Aufklärung: Aachen erntete viel Kritik für seine Jodtabletten-Aktion. Manche sprachen von Panikmache - ein Vorwurf, den Müller bei der bundesweiten Aufstockung der Jodtabletten-Vorräte nicht gelten lässt: "Panik wird dadurch nicht hervorgerufen, sondern vielleicht doch sehr viel Verständnis dafür, dass man gut vorbereitet sein soll. Denn, wie gesagt: Die grenznahen Kernkraftwerke würden noch über Jahrzehnte erhalten bleiben."

"Wenn dort etwas passieren würde und wir nicht vorbereitet wären, wäre das sicher eine schlimme Geschichte", sagt Müller - zumal laut Einschätzung von Fachleuten der Zustand vieler Atomkraftwerke in Europa mit zunehmendem Alter immer schlechter wird. Die Kosten für Beschaffung und Transport der 190 Millionen Jodtabletten liegen laut Bundesamt für Strahlenschutz übrigens bei 8,4 Millionen Euro netto und werden vom Bund getragen. Für Lagerung und Verteilung sind die Länder zuständig.

DreiländerRegion gegen Tihange: StädteRegion bringt in Brüssel neue Argumente vor dem Gericht der 1. Instanz ein und prüft ein Vorgehen gegen Brennelemente-Lieferungen. Staatsrat lehnt formelle Klage wegen Fristablauf ab.

Die juristischen Vertreter der StädteRegion Aachen haben vor dem belgischen Gericht der ersten Instanz neue Fakten in die „Betroffenheitsklage“ eingebracht, die für deren rechtliche Beurteilung von erheblicher Bedeutung sind. Es geht um Bröckelbeton, fehlende Baupläne und INES-1-Einstufungen durch die belgische Atomaufsichtsbehörde FANC. Zeitgleich lässt Städteregionsrat Helmut Etschenberg die Erfolgsaussichten eines verwaltungsgerichtlichen Vorgehens gegen die Ausfuhr von Brennstäben zur Verwendung in Tihange 2 prüfen. Hierzu führte er kürzlich ein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Jochen Flasbarth. Die formelle Klage vor dem Staatsrat wurde inzwischen abgewiesen. Nach Ansicht des Gerichts hätte die StädteRegion früher Klage einreichen müssen.

Für Etschenberg war es keine Überraschung, dass der Staatsrat die erste Klage abgewiesen hat: „Schon bei der öffentlichen Verhandlung Anfang November hat das Gericht ausschließlich über die Frage diskutiert, wann ein Sachverhalt als hinreichend bekannt anzunehmen ist.“ Von diesem Tag an bleiben nach belgischem Recht 60 Tage Zeit, um Klage einzureichen. „Nach meiner Lesart darf die Frist erst mit dem Tag beginnen, an dem der verfassungsrechtlich allein zuständige Städteregionstag die Klageentscheidung getroffen hat, also am 10. Dezember 2015, frühestens jedoch an dem Tag, an dem die Fraktionsvorsitzenden die Resolution eingereicht haben. Das war am 7. Dezember. Das Gericht zitiert hingegen Veröffentlichungen des Betreibers, die bereits im November 2015 in den Medien waren“, so Etschenberg enttäuscht. „Der Staatsrat nimmt eine Verfristung an und wies die Klage als unzulässig zurück. Basierend auf dieser rein formalen Entscheidung musste sich der Staatsrat nicht mit den Fehlern der Genehmigung und den Risiken des Reaktors Tihange 2 befassen. Nach Auffassung der StädteRegion Aachen und ihrer Partner ist diese Entscheidung nicht richtig. Stellt man auf die Kenntnis des Städteregionsrates ab, wurde die Klage rechtzeitig eingereicht.“ Gegen dieses Urteil vor den belgischen „Bundesgerichtshof“ (Cour de Cassation) zu ziehen, halten die Juristen für aussichtslos.

„Trotzdem“, ist Etschenberg überzeugt, „haben wir mit dieser ersten Klage sehr viel erreicht, denn mit keinem anderen Mittel hätten wir international eine derart hohe Aufmerksamkeit erzielt! Die Klage hat uns Türen in Brüssel, Berlin und Luxemburg geöffnet. Wir haben es geschafft, eine Allianz über zwei Bundesländer, drei Staaten und weit über 100 Kommunen zu schmieden, für die ich sehr dankbar bin. Die ganze Welt schaut sehr aufmerksam und kritisch auf die belgischen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3!“

Umso wichtiger ist es dem Städteregionsrat, dass in dem laufenden „Verfahren der Betroffenheit“ vor dem Gericht der ersten Instanz neue Argumente eingebracht werden konnten. Bröckelbeton, fehlende Baupläne und INES-1-Einstufungen durch die Aufsichtsbehörde FANC sind dabei die Kernthemen. Erst kürzlich waren in den Sicherheitsbunkern einiger Reaktoren der Abbau von Beton sowie Anomalien in den Verstärkungen festgestellt worden. Der Betonabbau resultiert aus der spezifischen Funktion der Bunker. Deren Räume dienen Überdrucksystemen dazu, Dampf ablassen zu können. Das Ausmaß der Betonproblematik lässt jedoch erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gebäude aufkommen, dass diese außergewöhnlichen Ereignisse, insbesondere Flugzeugabstürzen, den nötigen Widerstand entgegensetzen können. Die FANC selbst hat das erstmals mit einer INES-Einstufung bewertet. INES ist die internationale Bewertungsskala für nukleare und radiologische Ereignisse. Darüber hinaus wurde bekannt, dass zusätzlich zur Betonfäule „Anomalien“ festgestellt wurden „in Bezug auf die Positionierung der (Stahl-)Verstärkung, die seit dem Bau der Bunker vorhanden war“, führt Rechtsanwalt Tim Vermeir von der belgischen Kanzlei blix aus. Frei übersetzt, hat die FANC entschieden, dass der Bunker von Tihange 2 nicht nach den genehmigten Bauplänen erfolgte. Laut Etschenberg ein weiterer Grund, weswegen Tihange 2 im November 2015 nicht wieder hätte in Betrieb gehen dürfen! „Auch wenn sich das Verfahren durch Einbringung neuer Argumente verzögert, dürfen

diese Fakten nicht unter den Tisch gekehrt werden!“ In diesem Verfahren klagt die StädteRegion zusammen mit 2 Städten, 2 Unternehmen und 9 natürlichen Personen – darunter die Vorsitzenden der im Städteregionstag vertretenen Fraktionen.

Derzeit lässt Etschenberg parallel die Erfolgsaussichten eines verwaltungsgerichtlichen Vorgehens gegen die Ausfuhr von Brennstäben zur Verwendung in Tihange 2 prüfen. Den entsprechenden Beschluss hatte der Städteregionstag bereits am 5. Juli 2018 einstimmig gefasst. Betreiber der Brennstäbe-Produktionsanlage in Lingen ist die Advanced Nuclear Fuels GmbH. Sie liefert die Kernbrennstäbe für den Betrieb von Tihange 2 an Electrabel. Die Genehmigung dafür erteilt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im Auftrag des Bundesumweltministeriums.

„Wir prüfen aktuell die Zulässigkeit und Begründetheit einer Klage gegen die erteilten Ausfuhrgenehmigungen. Wenn die Klage Aussicht auf Erfolg hat, werden wir unverzüglich die nächsten Schritte einleiten. Das sage ich wohl wissend, dass auch mein Nachfolger, Dr. Tim Grüttemeier, sich engagiert für die Schließung von Tihange 2 einsetzen wird.“

DreiländerRegion gegen Tihange 2: Dr. Grüttemeier überzeugt den Petitionsausschuss des EU-Parlaments. Jetzt werden von der EU-Kommission und Belgien fehlende Informationen angefordert.

StädteRegion Aachen. Der als Risse-Reaktor bekannt gewordene Block des belgischen Atomkraftwerks, Tihange 2, liefert schon seit Wochen keinen Strom mehr – und wenn es nach dem Willen der über acht Millionen Menschen in der DreiländerRegion geht, sollte das auch so bleiben. Immer wieder sorgen neue Störfälle und Hiobsbotschaften für Angst und Verunsicherung. Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier hat heute (20.02.2019) in Brüssel die Gelegenheit genutzt, vor dem Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments noch einmal die Sichtweise der DreiländerRegion vorzutragen und um weitere Unterstützung zu bitten. Begleitet wurde er dabei von seinem Amtsvorgänger Helmut Etschenberg.

Das Ergebnis wird von den Teilnehmern als Erfolg bewertet, denn ursprünglich sah die Vorlage des Ausschusses vor, die Petition zu schließen, also nicht weiter zu behandeln. Nach dem emotionalen und fachlich überzeugenden Vortrag Dr. Grüttemeiers kam es dann anders: So sagte Pál Csàsky, der den Vorsitz des Ausschusses innehatte, zu, die Petition der DreiländerRegion gegen Tihange weiterhin zu unterstützen und deshalb „offen zu halten“, also weiter zu verfolgen. Zudem gab es die konkrete Zusage, sowohl an die EU-Kommission als auch an das Königreich Belgien Schreiben zu verfassen, in denen weitere Informationen gezielt zu Tihange 2 angefordert werden. Dr. Grüttemeier bedankte sich abschließend im Ausschuss für die Unterstützung: „Ich hoffe, dass es uns so gelingt, für die weitere, dringend nötige Aufklärung zu sorgen.“

Grüttemeier hatte zuvor eindringlich an den Ausschuss appelliert, die Kommission zu einem weiteren Auskunftsersuchen gegenüber dem Königreich Belgien anzuhalten. „Darin soll das Königreich Belgien aufgefordert werden, die durch die belgischen Behörden noch nicht beigebrachten Dokumente zum Sicherheitsnachweis von Tihange 2 vorzulegen“, sagte Grüttemeier stellvertretend für über 100 Kommunen in drei Staaten und zwei Bundesländer. „Die Qualitätssicherung beim Reaktordruckbehälter ist nur nachprüfbar, wenn die belgischen Behörden ein gestaffeltes Sicherheitskonzept vorlegen und nachvollziehbar dokumentieren“, erklärte der Städteregionsrat vor den Mitgliedern des Ausschusses. Eine weitere Forderung war, dass der Ausschuss die Kommission darum bittet, einen Verstoß gegen das im EURATOM-Vertrag festgelegte Vorbeuge- und Vorsorgeprinzip durch den zukünftig zu erwartenden belgischen Weiterbetrieb von Tihange 2 zu prüfen.

Grüttemeier nutze die Gelegenheit aber auch, um dem Europäischen Parlament für das bisherige Engagement zu danken: „Die Kommission hat uns Unterlagen zur Verfügung gestellt und auch Engie Electrabel um Zustimmung gebeten, deren Dokumente veröffentlichen zu dürfen. Das wissen wir zu schätzen“, sagte der Städteregionsrat und fügte kritisch hinzu: „Leider beinhalten diese Dokumente keinen Nachweis der Sicherheit. Wir teilen auch nicht die Ansicht der Kommission, dass die Arbeit der FANC ein hohes Maß an Transparenz zeigt, denn erst kürzlich wurde eine Liste mit 250 nicht-gemeldeten Störfällen veröffentlicht. Das passt einfach nicht zusammen und lässt uns weiterhin bangen.“

Das sieht nach dem heutigen Termin auch der Petitionsausschuss so und hat folgerichtig angekündigt, genau das in Belgien, respektive bei der EU-Kommission, anzumahnen.

Der ehemalige Städteregionsrat Helmut Etschenberg hatte vor rund drei Jahren im Namen der „DreiländerRegion gegen Tihange“ die Kommission gebeten, sämtliche ihr vorliegenden Informationen zum Kernkraftwerk Tihange 2 zur Verfügung zu stellen, alle ihr zustehenden Informationsansprüche gegenüber dem Königreich Belgien sowie weiteren beteiligten Parteien geltend zu machen und zu prüfen, ob das Königreich Belgien mit seinem Vorgehen in Bezug auf den Kernreaktor gegen Vorgaben der europäischen Verträge verstoßen hat bzw. verstößt. Der damalige Parlamentspräsident Martin Schulz (Würselen) hatte den in acht Aktenordnern akribisch zusammengestellten Fragenkatalog in Empfang genommen.

„Die Aufgabe der Kommission besteht darin, die fristgerechte und wirksame Umsetzung und Anwendung des bestehenden EU Rahmens für die nukleare Sicherheit sicherzustellen. Zu diesem Zweck kann die Kommission rechtliche Schritte gegen Mitgliedstaaten einleiten, die die Anforderungen nicht erfüllen. So wurde Belgien im Juli 2018 aufgefordert wurde, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um für die vollständige Umsetzung der Richtlinie über nukleare Sicherheit zu sorgen“, beschreibt Etschenberg einen Teilerfolg seines konsequenten Vorgehens.

Die Bezirksschülerversammlung in der StädteRegion Aachen (BSV) hatte die Petition 2016 mit einem eigenen Schreiben untermauert und darin die sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke Tihange 2 und Doel 3 gefordert. Bryan Kroker und Sebastian Schick von der BSV sind ebenfalls zur Ausschusssitzung nach Brüssel gereist: „Es geht um unsere Zukunft und deshalb müssen wir aktiv werden. Wir sind massiv verunsichert. Nicht nur wegen der mangelhaften Transparenz, sondern auch weil es keine erkennbaren Ergebnisse gibt“, so die beiden unisono. Die Vertretung der 43.000 Schülerinnen und Schüler aus der StädteRegion Aachen wird unter anderem auch von der Landesschülerversammlung NRW unterstützt.

Die StädteRegion Aachen hat die Erkenntnisse aus dem Petitionsverfahren zusammen mit weiteren neuen Argumenten („Bröckelbeton“, fehlende Baupläne der Sicherheitsbunker und fragwürdige INES-Einstufungen durch die FANC) in die „Betroffenheitsklage“ vor dem belgischen Gericht der ersten Instanz eingebracht. Erst kürzlich waren in den Sicherheitsbunkern einiger Reaktoren der Abbau von Beton sowie Anomalien in den Stahl-Verstärkungen festgestellt worden. In diesem Verfahren klagt die StädteRegion zusammen mit 2 Städten, 2 Unternehmen und 9 natürlichen Personen – darunter die Vorsitzenden aller im Städteregionstag vertretenen Fraktionen.

„Wir verfolgen sehr gespannt den Verlauf der juristischen Auseinandersetzung und wir geben auch nicht eher Ruhe, bis wir alle relevanten Sicherheitsnachweise gesehen und geprüft haben. Das sind wir den Menschen in unserer Region schuldig“, betont Dr. Grüttemeier nach einem ereignisreichen Tag in Brüssel.

DreiländerRegion gegen Tihange: Klage vor dem Gericht der 1. Instanz geht in die entscheidende Phase. Letzte Eingabemöglichkeit vor dem ersten Gerichtstermin.

DreiländerRegion/StädteRegion Aachen. Die juristischen Vertreter der StädteRegion Aachen haben jetzt im Kampf gegen Tihange 2 noch einmal die Gelegenheit genutzt, in einer schriftlichen Stellungnahme die Argumente der Gegenseite zu entkräften. Bevor es im Juni 2020 vor dem belgischen Gericht der ersten Instanz zur Verhandlung kommt, werden der Betreiber Electrabel und die belgische Atomaufsicht FANC noch zu Wort kommen. Ob das Gericht dann schon zu einem Urteil kommt, ist völlig offen“, sagt Rechtsanwalt Tim Vermeir von der Brüsseler Kanzlei blix. In diesem Verfahren klagt die StädteRegion zusammen mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, den Städten Maastricht (NL) und Wiltz (LU), zwei Unternehmen sowie neun natürlichen Personen, darunter die Vorsitzenden der im Städteregionstag vertretenen Fraktionen.

Die Gegenseite zitiert in ihren Eingaben immer wieder eine Stellungnahme der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK) und interpretiert deren Aussagen als Bestätigung, dass die Anlage Tihange 2 sicher betrieben werden könne. Wer die Stellungnahme jedoch aufmerksam liest, stellt fest, dass die Frage bezüglich einer ausreichenden experimentellen Absicherung der Berechnungsmethoden für Rissfelder bislang nicht hinreichend beantwortet werden konnte. „Dokumentationen von Ultraschalluntersuchungen der Wasserstoffeinschlüsse (Risse) wurden bislang nicht vorgelegt. Für uns ist es deshalb nicht nachvollziehbar, wie behauptet werden kann, dass die Risse nicht erst während des Betriebs entstanden sind oder zumindest gewachsen sein könnten“, erklärt Grüttemeier einen der Hauptkritikpunkte. „Die Prüfungen und Bewertungen der RSK beziehen sich zudem nur auf Unterlagen der belgischen Atomaufsicht und des Betreibers“, kritisiert Grüttemeier die leichtfertige Interpretation des Gutachtens.

Nachdem in den Sicherheitsbunkern einiger Tihange-Reaktoren der Abbau von Beton sowie Anomalien in den Stahlverstärkungen festgestellt worden waren, hatte die Klagegemeinschaft Ende Dezember 2018 neue Argumente in das laufende Gerichtsverfahren eingebracht. Der Betonabbau resultiert aus der spezifischen Funktion der Bunker. Deren Räume dienen Überdrucksystemen dazu, Dampf ablassen zu können. Das Ausmaß der Betonproblematik lässt jedoch erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gebäude aufkommen, dass diese bei außergewöhnlichen Ereignissen, insbesondere Flugzeugabstürzen, die erforderliche Standfestigkeit aufbringen können. Die FANC selbst hatte das erstmals mit einer INES-Einstufung bewertet. INES ist die internationale Bewertungsskala für nukleare und radiologische Ereignisse.

Die Betonbunker wurden Medienberichten zufolge zwar saniert, einen Sicherheitsnachweis gibt es indes nicht. Nach rund einem Jahr Stillstand ging Tihange 2 im Juli 2019 wieder ans Netz, musste aber wegen technischer Probleme schon Anfang Oktober wieder heruntergefahren werden.

Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier hat jetzt im Gerichtsverfahren gegen Tihange 2 die aktuelle Eingabe der Brüsseler Kanzlei blix freigegeben. Für Mitte 2020 ist die Verhandlung vor dem Gericht der Ersten Instanz terminiert.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Stellungnahme des Bundesumweltministeriums zum EuGH-Urteil zu Doel vom 29.07.2019

<https://www.bmu.de/meldung/stellungnahme-des-bundesumweltministeriums-zum-eugh-urteil-zu-doel/>

Aktuell: FAQ zu Tihange und Doel

<https://www.bmu.de/faqs/tihange-und-doel/>

- Wie bewertet das Bundesministerium die Risse in den belgischen Atomkraftwerken Doel und Tihange?
 - Wie steht das BMU zum Betrieb der belgischen Atomkraftwerke?
 - Was hat das Bundesumweltministerium konkret in den vergangenen Monaten unternommen?
 - Warum kann Deutschland oder die Europäische Union Belgien nicht zwingen, seine Atomkraftwerke abzuschalten?
 - Welche Möglichkeit gibt es, den Export von Brennelementen aus Deutschland zu stoppen?
 - Würde ein deutscher Brennelementstopp zu einer Stilllegung der belgischen Atomkraftwerke führen?
 - Was sagt das Bundesumweltministerium zu den verlängerten Laufzeiten mancher AKWs im Ausland?
-

Die Verwaltung wird den Rat weiterhin über die Entwicklung informieren.

Rheinbach, 13.11.2019

Gez. Unterschrift
Stefan Raetz
Bürgermeister

Gez. Unterschrift
Daniela Hoffmann
Fachbereichsleiterin